

1 **Dr. Werner Pfeil (FDP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr
2 geehrten Damen und Herren Kollegen! Der Landtag NRW hat in seiner
3 Sitzung am 9. September 2021 den Parlamentarischen
4 Untersuchungsausschuss V „Hochwasserkatastrophe“ eingesetzt. Der
5 Landtag hat auch entschieden, dass bei Vorliegen eines allgemeinen
6 öffentlichen Interesses ein Schlussbericht erfolgen soll.

7 Wenn kein Schlussbericht vorgelegt werden kann, soll ein
8 Zwischenbericht oder ein Teilbericht erfolgen. Das ist der Sinn des
9 Antrags, den wir als Koalitionsfraktionen heute hier eingebracht haben,
10 weil uns allen klar ist, dass vor Ablauf der Wahlperiode kein
11 Schlussbericht erstellt werden kann und es im allgemeinen öffentlichen
12 Interesse liegt, einen Zwischenbericht vorzulegen. Nach § 24 Abs. 5 des
13 Untersuchungsausschussgesetzes bedarf es für die Vorlage eines
14 solchen Zwischenberichts durch den Untersuchungsausschuss eines
15 Landtagsbeschlusses. So weit, so gut.

16 Dann kommen Störfeuer. Diese Störfeuer gibt es bereits seit Beginn des
17 Untersuchungsausschusses mit der Begründung, die Unterlagen seien
18 nicht vollständig, und es seien Schwärzungen vorgenommen worden, die
19 nicht erklärt seien.

20 Ich gebe dem Kollegen Kämmerling recht: Die Unterlagen sind nicht
21 vollständig, und es sind Schwärzungen vorgenommen worden.

22 (Christian Dahm [SPD]: Aha! Oh!)

23 Es stellt sich jedoch die Frage, ob das unsere Arbeit behindert.

24 (Thomas Schnelle [CDU]: Nein!)

25 Behindert das die Erstellung eines Zwischenberichts? Behindert das die

26 weitere Aufklärung, was wir im BHKG und im Katastrophenschutz ändern
27 müssen? Denn gestern haben die Koalitionsfraktionen mit Zustimmung
28 der Grünen einen Antrag für ein Update des Katastrophenschutzes hier
29 eingebracht und mit Mehrheit verabschiedet.

30 Die Frage, die sich stellt, lautet: Gab es Fehler der Landesregierung? –
31 Dazu frage ich: Welcher Landesregierung? – Gab es Fehler der jetzt
32 amtierenden Landesregierung oder der Landesregierung, die im Jahr
33 2015 für das neue BHKG verantwortlich war?

34 Ein Krisenstab wurde unstreitig nicht einberufen. Den Grund dafür kennen
35 wir seit der vorletzten Sitzung des Untersuchungsausschusses. Es gibt
36 verfassungsrechtliche Probleme, ihn überhaupt einsetzen zu können, weil
37 wesentliche Grundlagen dafür im Gesetz nicht geregelt sind.

38 Ein Echtzeitlagebild gab und gibt es bis heute nicht in NRW. Das gab es
39 durch das BHKG auch seit 2015 nicht.

40 Es fehlen Szenarien und Katastrophenschutzbedarfspläne, die in der
41 Anhörung im Jahr 2015 gefordert, aber nicht umgesetzt, nicht ins Gesetz
42 geschrieben wurden.

43 Es fehlt eine interdisziplinäre Zusammenarbeit von Meteorologen,
44 Hydrologen, Geografen und damit praktisch von allen Professionen. Das
45 wissen wir. Das wusste man auch schon 2015, aber man hat daran nichts
46 geändert.

47 Bei der Frage, inwieweit das BHKG eine ausreichende Grundlage ist, um
48 im Katastrophenschutz aktiv zu handeln, sind wir mittlerweile auch
49 schlauer.

50 Der Sinn und der Zweck der Aufgabe dieses Untersuchungsausschusses
51 ist es, Fehler festzustellen. Wir wissen, dass Fehler passiert sind. Wir

52 wissen nur nicht, ob diese Fehler alleine auf dem Gesetzestext des BHKG
53 oder auf Umsetzungsfehlern gründen, die im Sommer 2021 erfolgt sind.

54 Unstreitig wissen wir aber auch, dass die Ergebnisse des Deutschen
55 Wetterdienstes überall hingeliefert wurden, und zwar dorthin, wo sie
56 hinsollten, nämlich zu den Kreisen.

57 Den Katastrophenschutz weiter zu stärken und neu auszurichten, ist der
58 Sinn unseres Antrags, der gestern verabschiedet wurde. Jetzt wollen wir
59 einen Zwischenbericht, was uns aber nicht daran hindert, selbst in einer
60 neuen Legislaturperiode hier weiterzuarbeiten.

61 (Beifall von der FDP und der CDU)

62 Ihr Entschließungsantrag fordert vier Punkte.

63 Der erste ist, dass der Zwischenbericht vorgelegt wird. Ja, der
64 Zwischenbericht wird vorgelegt. Das wollen wir auch.

65 Der zweite ist, dass wir jeden Tag nutzen, um die Beweisaufnahme weiter
66 durchzuführen. Auch das tun wir.

67 Wir nutzen jeden Tag, der möglich ist, und wir nehmen auch Rücksicht auf
68 die Mitarbeiter, wie Sie selbst fordern. Zu kurzfristige Termine erschweren
69 die Arbeit oftmals. Bis 2 Uhr, 3 Uhr nachts zu arbeiten, ist auch für die
70 Mitarbeiter eine Anstrengung.

71 (Zuruf von Andreas Keith [AfD])

72 Eine Änderung des PUA-Gesetzes ermöglicht unter Umständen auch, die
73 Ergebnisse dieses Untersuchungsausschusses in die nächste
74 Wahlperiode zu ziehen, sodass ich an Ihrem Entschließungsantrag nichts
75 finde, was uns dazu bewegen sollte, dem zuzustimmen. – Vielen Dank.

76 (Beifall von der FDP und der CDU)

77 **Vizepräsident Oliver Keymis:** Danke schön, Herr Dr. Pfeil. – Jetzt

78 spricht für die Grünen Herr Remmel.